



Wie weiter in Israel / Palästina?  
Und wie weiter mit der Diskussion über diesen  
Konflikt bei uns?

**Friedensbündnis Heidelberg**  
info@friedensbuendnis-heidelberg.de  
www.friedensbuendnis-heidelberg.de

# Israel/Palästina und die Grenzen des Sagbaren

Vorbeugung gegen  
verdeckten Antisemitismus  
oder Verhinderung  
öffentlicher Debatten  
über den Nahostkonflikt?



**Andreas Zumach**

Journalist (und UNO-Korrespondent), Genf

**Mittwoch | 3. Juli 2019 | 19.30**

Forum am Park, Poststraße 11, Heidelberg

**Eintritt:** € 5, ermäßigt € 3

**Veranstalter:** Friedensbündnis Heidelberg, DFG-VK Heidelberg  
(Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen,  
Ortsgruppe Heidelberg)

Vortrag am Mittwoch, 3. Juli 2019, 19.30 Uhr,  
in Heidelberg im Forum am Park:

## Israel/Palästina und die Grenzen des Sagbaren

### Vorbeugung gegen verdeckten Antisemitismus oder Verhinderung öffentlicher Debatten über den Nahostkonflikt?

In den letzten Jahren nahmen die Kampagnen gegen israelkritische Veranstaltungen massiv zu, immer häufiger werden Räume wegen angeblichem Antisemitismus des Referenten, der Veranstalter oder diesen nahestehenden Organisationen verweigert. Dabei geht es i.d.R. nicht um Antisemitismus im eigentlichen Sinn, d.h. eine Form von Rassismus, die darin besteht, dass Juden gehasst und diskriminiert werden, nur weil sie Juden sind, sondern in angeblichen impliziten Formen, die sich in überzogener Kritik an Israel als jüdischem Staat äußern. Antisemitismuskritik dieser Art richtet sich auch gegen israelische Juden. Statt über die als problematisch angesehenen Punkte zu diskutieren, wird eine Debatte durch Verhinderung von Veranstaltungen und Publikationen zu unterbinden versucht.

Eines der jüngsten Beispiele, die im März 2019 für öffentlichen Wirbel sorgte, ist die Absage der Universität Göttingen, die Friedenspreisverleihung 2019 an den Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“ in ihren Räumen stattfinden zu lassen. Aufgrund der Kampagne gegen die Preisverleihung sagte auch der Göttinger Oberbürgermeister seine Teilnahme ab, wurden städtische Räume verweigert und zog die örtliche Sparkasse ihre finanzielle Unterstützung zurück. Der Vorsitzende der Friedenspreis-Jury, Andreas Zumach, wies die Antisemitismus-Vorwürfe zurück, die Preisverleihung konnte unter großen Publikumsandrang an einen anderen Ort in Göttingen stattfinden, Spenden überstiegen die zurückgezogene Summe um ein Weites.

Kritiker, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland, warfen dem Preisträger die Unterstützung der als antisemitisch angesehene Boykottbewegung BDS vor. Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ - ein Verein, in dem Israelis und Juden aktiv sind, darunter Nachkommen von Opfern und Überlebenden des Holocaust - setzt sich, wie der Name sagt, für eine gerechte Lösung des Nah-Ost-Konflikts ein, die auch die Rechte der Palästinenser/innen angemessen berücksichtigt.

Dem Mitte Mai auch in einer Resolution des Deutschen Bundestages erhobene Vorwurf, die BDS-Kampagne sei antisemitisch, widersprachen daraufhin u.a. 60 namhafte jüdische und israelische Wissenschaftler/innen in ihrem „Aufruf an deutsche Parteien“. Sie forderten „die freie Meinungsäußerung in Deutschland zu schützen, anstatt diejenigen zu isolieren und zum Schweigen zu bringen, die ihre politischen Überzeugungen gewaltfrei zum Ausdruck bringen.“

Andreas Zumach wird auf die zentralen Vorwürfe, die gegen Kritiker der israelischen Politik vorgebracht werden, eingehen sowie auf die sich daraus ergebenden Probleme für die Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt, für die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und für die Demokratie in Deutschland.

**Referent: Andreas Zumach**, Journalist (und UNO-Korrespondent), Genf

**Veranstalter:** Friedensbündnis Heidelberg, DFG-VK Heidelberg (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Ortsgruppe Heidelberg)

---

\*BDS = Boycott, Sanction, Desinvestment. Die Kampagne wurde 2005 von 171 Gruppen der palästinensischen Zivilgesellschaft ins Leben gerufen – ein Aufruf zu gewaltlosem Widerstand mit Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen, zu verstehen als Widerstand gegen Israels Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße in den besetzten palästinensischen Gebieten